

NA SOWAS, GEWINNE!?!?!?

II Quartal 2021	Daimler	3.704 Mio. € (VJ 1.906)
I Halbjahr 2021	VW	11.000 Mio. € (VJ -800)
II Quartal 2021	Amazon	7.780 Mio. US\$
II Quartal 2021	Biontech	2.800 Mio. € (VJ -88,3)
II Quartal 2021	Deutsche Post	2.000 Mio.€ (VJ 912)
II Quartal 2021	BASF	1.650 Mio.€ (VJ -878)
II Quartal 2021	Siemens	2.390 Mio.€ (VJ 697)
II Quartal 2021	Allianz	3.300 Mio.€
II Quartal 2021	BMW	6.000 Mio.€
I Quartal 2021	Fresenius	1.006 Mio.€ (VJ 1.125)

Sie jammern auf hohem Niveau. Jeden Tag ist zu lesen wie schwer es die armen Firmen haben. Wir haben willkürlich mal 10 davon aufgelistet und die Quartalsgewinne aufgezeigt.

Und das Jahr ist noch lange nicht zu Ende. Die Frage, wer die Belastungen durch Corona bezahlen könnte ist damit beantwortet.

Aber nur wenn es gewollt ist, wir wollen.

ERKLÄRUNG DER DKP ZUR SITUATION IN AFGHANISTAN:

Die NATO-Truppen unter Führung der USA und Beteiligung der Bundeswehr sind nach 20 Jahren Krieg und Besetzung aus Afghanistan abgezogen. Sie verlassen ein zerstörtes Land und sind verantwortlich für Kriegsverbrechen, denen zehntausende Zivilisten zum Opfer fielen. Dass NATO-Sprecher und Politiker der deutschen Kriegsparteien nun den Vormarsch der Taliban beklagen, ist Heuchelei.

Die radikal-islamistische Bewegung der Taliban, die nun die Regierung in Afghanistan übernimmt, wurde ursprünglich von USA und NATO finanziert und hauptsächlich in Militärlagern in Pakistan ausgebildet. Sie wurden stark gemacht und ausgerüstet, um seinerzeit gegen die sozialistische Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, die von der Sowjetunion unterstützt wurde, vorzugehen. Um Menschenrechte und Entwicklung ist es NATO, USA und BRD in der Region niemals gegangen. Im Gegenteil, es ging um die Bekämpfung einer sozialistisch orientierten Entwicklung unter einer Regierung, die Landreformen einleitete, versuchte, die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung zu verbessern, ein allgemeines Bildungswesen aufzubauen und die Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten.

Auch bei dem 20-jährigen Kriegseinsatz der NATO in Afghanistan ging es nicht um Menschenrechte. Es ging um militärstrategische Positionen, Zugriff auf Handelswege und Rohstoffe. Es ging um die Umzingelung der Russischen Föderation und einen Regime-Change im Iran, um Unterordnung der Region und die Zerstörung jeder

Entwicklung, die imperialistischen Interessen widerspricht. 2010 musste Bundespräsident Köhler zurücktreten, weil es den Herrschenden nicht passte, dass er diese Wahrheit auch noch offen aussprach – militärische Einsätze sind notwendig, um wirtschaftliche Interessen zu sichern.

Die USA haben ihre Truppen nicht freiwillig aus dem Land abgezogen, sondern weil der Krieg in Afghanistan auf Dauer weder zu gewinnen noch zu finanzieren war. Und weil sich die internationalen Rahmenbedingungen und damit die Prioritäten der US-Strategie geändert haben. Bereits 2017 wurde die Volksrepublik China in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der USA als „strategischer Rivale“ eingestuft. Die USA und ihre Verbündeten setzen nun alles daran, den Aufstieg Chinas zur Weltmacht zu verhindern. Die Kräfte in und um Afghanistan werden abgezogen, um am Pazifik ein Bollwerk gegen China zu errichten.

Afghanistan ist ein weiteres Beispiel für die zerstörerische Politik des Imperialismus, auch des deutschen Imperialismus. Dass die NATO nun auch ihre Unterstützer vor Ort im Stich lässt, zeigt nur noch ein weiteres Mal, dass es ihr um Menschen und deren Leben nie gegangen ist.

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten heißt das weiterhin und gerade jetzt: Nein zur NATO – Raus aus der NATO – Nein zu allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Schluss mit der Aggression gegen Russland und China! Mit diesen Forderungen rufen wir zur Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung zum Antikriegstag am 1. September auf.

Essen, den 17. August 2021



Ungeschminkt

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Hanau und Umgebung

Links

Nr. 29

Ausgabe 2/ 2021

VERMÖGENSTEUER UND ANDERE WAHLKAMPFSEIFE

Ernst Busch spottete über die Politik der SPD, die im Wahlkampf Seife verschenkte „Wir schlagen Schaum, wir seifen ein. Wir waschen unsere Hände wieder rein“.

Diese Form der Politik für die „sozial Schwachen“ ist nicht aus der Mode gekommen, sondern wird sogar von dem Wunschpartner der SPD, den Grünen, übernommen. Beide Parteien erheben in ihren Wahlprogrammen die Forderung nach einer Vermögensteuer.

Auf einer Veranstaltung in Berlin stellten sie aber einheitlich klar, dass diese Forderung aus Gründen der „sozialen Hygiene“ im Programm stehen muss.

Eine Einführung wird nicht ernsthaft

erwogen, zunächst müssten einmal alle Schritte unternommen werden, um die Krise zu beheben.

Wenn die Reichen geschont werden, wer soll dann nach deren Ansicht wohl die Krise zahlen? Die Antwort bekommen viele

Kurzarbeiter*innen mit ihren Steuerbescheiden für das Kalenderjahr 2020. Das durch Kurzarbeitergeld geminderte Einkommen 2020 wird nochmals zusätzlich durch Steuernachzahlungen reduziert.

Wir vertreten dagegen folgende Forderungen:

- Abschaffung des Progressionsvorbehalts für Lohnersatzleistungen wie Kurzarbeiter- und Krankengeld, der Ursache für Steuernachzahlungen.
- Einführung einer Millionärssteuer
- Erhöhung des Einkommensteuertarifes mindestens auf das Niveau der „Kohl-Ära“, bei Anpassung des Tarifverlaufes an das Inflationsgeschehen.

Das heißt, Steuerentlastung für die „kleinen“ Leute und Steuerbelastung für die Reichen.



PETER HARTZ FEIERT ENDE DER FAULHEIT UND SEINEN GEBURTSTAG

Anfang August feierte Peter Hartz, Autor des Konzepts für eine der größten Wirtschafts- und Sozialreformen in der deutschen Geschichte der Nachkriegszeit, so die Mehrzahl der medialen Kommentare und Elogen, seinen 80. Geburtstag. Er selbst ist ungebrochen sicher: "Die Reform ist nicht nur umstritten, sondern sie war ja sehr erfolgreich". Vor 15 Jahren im August "ein glücklicher Tag für alle Arbeitssuchende", so der Selbstgerechte. Der damalige Kanzler Schröder macht da aus seinem Herzen keine Mördergrube: "Ab sofort kein Recht auf Faulheit mehr."

Heute fordern die Sozialverbände und sozial engagierte Organisationen wie auch Politiker die gänzliche Abschaffung dieses 'Wunderwerks', mindesten aber eine gewaltige Aufstockung der Regelsätze von derzeit 446 € pro alleinstehenden Erwachsenen auf mindestens 570 €, um zumindest - wie es auch das Bundesverfassungsgericht verlangt ein 'Leben in Würde' zu garantieren. Vor allem um die Armutslücke zu entschärfen, die Differenz nämlich zwischen ALG 2 und der Armutsgrenze, die inzwischen auf ca. 400 € angewachsen ist. Welch ein 'Erfolg' des Hartz-Modells.

Hinzu kommt eine Unzahl weiterer und gerechtfertigter Forderungen. Da man weiß, wie sehr sich Armut in die nächste Generation 'vererbt',

ist eine eigenständige Kindergrundsicherung unverzichtbar. Wie auch der Aufbau einer sanktionsfreien Arbeitslosen- und Rentenversicherung, einheitlich für alle. Österreich hat die besten Erfahrungen damit gemacht, die Renten sind doppelt hoch wie hier. Etliche Maßnahmen, die angeblich der Weiterbildung oder Ausbildung in qualifizierte Berufe dienen sollen, enden dann oft, wenn



überhaupt, in herunter qualifizierenden, befristeten, gering entlohnten Beschäftigungen, die vor allem die Arbeitslosenstatistiken schönen. Man wundere sich nicht: jede 2. Arbeitsaufnahme führt nicht aus dem Hartz 4-Bezug heraus. Überdies wurde die Zumutbarkeitsklausel eines Angebots weit gefasst.

Arbeitsplatzbedingungen, Entfernung vom Wohnort, Gesundheitszustand u.a. können unzumutbar sein, die Annahme wird eingefordert. Wer sich weigert, vielleicht sogar mehrfach,

wird sanktioniert. Was zu Demütigungen, Kürzungen und Ungerechtigkeiten führt. Die Billiglöhne ziehen überdies das ganze Lohngefüge weiter nach unten und verschärfen die Armut. Seit 2005 müssen die 10% Ärmsten einen Verlust des realen Einkommens von 1,5% verkraften, die 10% Reichsten ergattern ein Plus von 6%.

Schließlich generieren die im Vergleich geringen Arbeitskosten durch Arbeitsverdichtung und Personalabbau im Verbund mit fortgeschrittener Technologie mit synergetischen Effekten den hohen Exportüberschuss Deutschlands und auf der Gegenseite die Verschuldung auf Grund hoher Importe.

Dies Ungleichgewicht in der Handelsbilanz führt auf Dauer zu einer schweren Belastung, ja Krise der Gemeinschaft und ihres Geldes. Nur eine kräftige Lohnerhöhung hierzulande könnte solch Krise abwenden. Klingt abenteuerlich, ist entgegen den lauten Befürchtungen der Unternehmerverbände wissenschaftlich fundiert und einleuchtend.

Herr Hartz, Ihr Geburtstag mag ein Grund zum Feiern sein. Für mehr als 7 Millionen Bezieher dieses Modell mit dem Konzept, Arbeitslosigkeit zu minimieren ein Desaster. Etwa die Hälfte aller Berechtigten beantragen übrigens keine Bezüge, aus Scham, Angst vor der Bürokratie oder Nichtwissen!

DAS GELD WIRD IN HANAU REGIEREN

Die Kommunalwahlen sind fast 5 Monate her und im Hinterzimmer wurde lange über eine Geld und Investoren freundliche Koalition verhandelt. SPD, CDU und FDP sind sich jetzt einig und die Posten sind verteilt.

Vor den Bundestagswahlen werden garantiert keine Grausamkeiten für die Hanauer Bevölkerung verkündet. Es ist aber klar, dass in den nächsten Jahren das städtische Geld knapp ist. Geschenke an Hanauer

Unternehmen sind aber geplant, auch Neuansiedlungen sollen



durch finanzielle Anreize gefördert werden.

Der soziale Wohnungsbau wird in Hanau dabei auf der Strecke bleiben und er ist auch nicht gewollt. Die neuen Wohnungen mit den sogenannten „bezahlbaren Mieten“ sind für viele Hanauer zu teuer und füllen nur den Investoren die Taschen. Aber wie sagt man in Hanau: „wenn sie die Miete nicht bezahlen können, sollen sie sich doch eine Eigentumswohnung kaufen“.

MIT FREMDEN FEDERN SCHMÜCKEN

Stadtrat Morlock verkündete nun voller Stolz, das Taubenhaus am Kanaltorplatz wird ab 2022 von der Stadt Hanau für über 70.000 Euro gebaut.

Das Taubenhaus hat eine lange kuriose Vorgeschichte. Noch vor dem Stadtbau beantragte die Linke im Stadtparlament dieses

Taubenhaus. 2016 kam ein Antrag der ALL zum gleichen Thema ins Parlament. Beide Frauen die ihre Anträge jeweils im Parlament begründeten, wurden in den Sitzungen ausgelacht und die Anträge abgelehnt. War ja von links und das geht gar nicht in Hanau.

2018 holten die Grünen den gleichen Antrag aus dem Koffer und siehe da, die Kopierer kamen mit dem Antrag durch. Auf einmal waren alle dafür. Hat seither nur 3 Jahre gedauert bis sich die neue Stadtregierung selbst feiern kann.



FOLGEN DES KLIMAWANDELS ODER NICHT?

Starkregenereignisse werden im Rahmen des Klimawandels zunehmen. Diesen Satz hören wir seit Jahren. Der Eine oder die Andere hat dies auch schon selbst gespürt. Eine für hiesige Verhältnisse neue Dimension erlebten Menschen in Teilen von

Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und eine viel zu große Zahl überlebte dies nicht.

Bei der großen Zahl von „Experten“ in unserem Land kam was kommen musste:

Folge des hausgemachten Klimawandels oder das gab's schon immer?! Klar, und da wissen viele Bewohner von Tälern und Ufern aus eigener Erfahrung dass es Hochwasserereignisse schon immer gab – gerade auch im Ahrtal.

Aber es gibt schließlich physikalische Gesetzmäßigkeiten, die sich nicht verbiegen lassen. Der Wasserdampf hat für jede Temperatur und fast

unabhängig vom Umgebungsdruck, eine eindeutig bestimmte Sättigungskonzentration. Bei atmosphärischem Normaldruck von 1013,25 hPa kann ein

Kubikmeter Luft bei 10°C maximal 9,41g Wasser aufnehmen. Die gleiche Luftmenge nimmt bei 30°C schon 30,38g Wasser auf und bei 60°C sind es schon über 100g Wasser.

Übersetzt: Je wärmer es ist, um so mehr Wasser ist in der Luft, die es irgendwann und irgendwo wieder als Regen verlässt. Also: Der eingangs erwähnte Satz wird bei zunehmender Erwärmung des Klimas auch weiter zutreffen. Unser kalter Sommer war eine Wettererscheinung – weltweit war dies der heißeste Sommer seit Wetteraufzeichnung.

Und dass in Norddeutschland ein Tornado solide gebaute Dächer abdeckte, hat dieselbe Ursache, denn bei steigender Temperatur erhöht sich auch die Windgeschwindigkeit!



DKP Bildungsabend am 19. Oktober 2021:

Das Herrschaftssystem der BRD und die Handlungsmöglichkeiten der fortschrittlichen Kräfte

19.30 Uhr Reinhardskirche Hanau-Kesselstadt